

Guten Morgen aus dem Journalstudio. Begrüßt Sie Franz Renner, unsere Schlagzeilen. Vorwärts, Verteidigung, lautet das Motto vor der heutigen Nationalratsondersitzung zum Thema Teuerung, beantragt von SPÖ und FPÖ. Die Bundesregierung hat gestern Abend eine Mietpreisbremse angekündigt und die Arbeiterkammer hat sich vorsorglich gegen die heute erwarteten Angriffe der FPÖ verteidigt. In Spanien beraten die Verteidigungsminister der EU heute darüber, wie man statt einzelner Unterstützungspakete zu einer kontinuierlichen Militärhilfe für die Ukraine kommen kann. Und? Nächster Militär putzchen Afrika, diesmal in Kabinen, Zentralafrika. Da sind mir gleich zuerst aber die Wetterprognose und der Schuler bitte. Kühl heute immer wieder bewölkt, auch neblig und jetzt zum Teil regnerisch. Vorerst kann es stellenweise noch stärker regnen. Am Nachmittag gibt es aber dann nur noch einzelne Schauer und die bringen auch nur noch wenig Regen. Außerdem sind heute im Westen Österreichs und entlang und nördlich der Donau ein paar Sonnenstunden drin. Der Wind kommt aus West bis Nordwest und frischt in Niederösterreich, Wien und im Nordburgenland auf Böhm um 50 Kilometer pro Stunde auf. Die höchste hatte 13 bis 21 Grad in 2000 Meter 4 bis 7. Morgen Donnerstag etwas wärmer und einige sind Sonne, aber auch Wolken und Stellenweise Schauer mit Schwerpunkt in den Nordalpen. Westwind und 16 bis 24 Grad morgen. Abrupt kehrt dann der Sommer zurück, so stehen uns am Freitag 21 bis 27 und am Wochenende 24 bis nahe 30 Grad bevor. Geht doch, ist man verleitet zu sagen, ein halbes Jahr, nachdem die türkisgrüne Koalition im Versuch, eine Mietpreisbremse einzuführen, an sich selbst gescheitert ist, kommt die jetzt doch. Verkündet wurde das wohl nicht zufällig am Vorabend der heutigen Nationalratsondersitzung zum Thema Teuerung beantragt von SPÖ und FPÖ. Bundeskanzler Karl Nehammer gestern Abend gegenüber KRONE TV. Wir wissen alle, dass nach der Inflationsberechnung das nächste Jahr, also 2024, sehr belastend sein wird. Wir reden dazu, bis zu 15 Prozent Mieterhöhung, das werden wir so als Bundesregierung nicht zulassen. Wir arbeiten jetzt gerade mit den Koalitionspartnern daran, dass es hier eine deutliche Unterstützung auch dann für die Mieterinnen und Mieter geben wird, dass das in dieser Höhe nicht auftritt. Sagt der Punkteskanzler Nehammer. Die Details will die Regierung am Vormittag präsentieren, dem vernehmen nach soll es auch um Zufallsgewinnene Energiepreise und Wettbewerbsrecht gehen. SPÖ und FPÖ werden ihre Reden für die Sondersitzung wohl etwas umschreiben müssen, was sie für diese Sondersitzung planen bzw. geplant haben. Fast dann ja mal zusammen. Die Sozialdemokraten bringen heute Mittag im Parlament per dringlichen Antrag eine Reihe von Forderungen an Bundeskanzler Nehammer und die türkisgrüne Regierung ein. SPÖ-Klubobmann Philipp Kucher. Ja, ob bei den Lebensmitteln der Energie, beim Wohnen oder bei den Banken, wenn der Markt nicht funktioniert, muss die Politik eingreifen. Andere Regierungen in ganz Europa haben vorgezeigt, wie es gehen kann. Die SPÖ will unter anderem das Einfrieren aller Mieten bis Ende 2025 und ein Zinsregulierungsgesetz. Die freiheitlichen Verfolgen, ähnliche Ansätze, nehmen aber auch Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer ins Visier. Unter anderem sollen diese, so FPÖ-Generalsekretär

Michael Schneedlitz. Wenn man auf so großen Rücklagen sitzt, die Rücklagen auch für eine Deurungsausgleich für den Mitglieder verwenden. Die NEOS fordern einmal mehr eine Senkung der Lohnnebenkosten. Die freiheitlichen Wollender Arbeiterkammer also wieder einmal ans Leder und welcher ein Zufall wie schon bei der jetzt doch Mitpreisbremse der Regierung reagiert die Angegriffene schon am Vorabend der Sondersitzung. Die Arbeiterkammer hat gestern Abend die Rebilanz für 2022 vorgelegt und die Kritik an ihren Rücklagen wie auch die FPÖ-Forderung nach einem Ende der Pflicht Mitgliedschaft zurückgewiesen. Informationen von Peter Daser. Die Einnahmen der Arbeiterkammer aus den Mitgliedsbeiträgen bekannt als Kammerumlage sind im Jahr 2022 um mehr als 5,5 Prozent gestiegen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beträgt die Umlage 0,5 Prozent ihres Gehalts, gedeckelt mit maximal 16 Euro pro Monat. Insgesamt sind für die Kammer so 565 Millionen Euro zusammengekommen. Die Direktorin der Bundesarbeitskammer Silvia Huschka-Frank sagt, das liege an der guten Beschäftigungslage und den gestiegenen Löhnen. Unsere Mitgliedsbeiträge werden 1 zu 1 in Leistungen für die Mitglieder umgesetzt. Das heißt, das Geld, das wir haben, die Mitgliedsbeiträge, die wir einnehmen, kommen unmittelbar unseren Mitgliedern zu Gute. Jemand, der behauptet, wir hätten zu viel Geld, greift in Wahrheit die Rechte und die Rechtsdurchsetzung unserer Mitglieder an. Damit gemeint ist die jüngste Kritik von Neos und Freiheitlichen an den Rücklagen der Kammer insgesamt fast 200 Millionen Euro und es gibt Rückstellungen für kommende Ausgaben davon etwa 35 Millionen für die AK-Wahlen nächstes Jahr. Laut den Neos schwimmen die Arbeiterkammer in Geld, sie fordern ein senken der Umlage. Die Freiheitlichen wollen eine teilweise Rückzahlung. Die Arbeitskammerdirektorin lehnt das ab. Auch die Rücklagen, das heißt, das Vermögen, das wir ansparen, um zum Beispiel die Gebäuden, denen wir unsere Leistungen erbringen, in Stand zu halten und in guten Zustand zu halten, das ist das Vermögen unserer Mitglieder. Und diese Rücklagen sind ganz wichtig dafür, dass wir gut unsere Leistungen erbringen und die Mitglieder vertreten können. Eine weitere Forderung der FPÖ ist die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft, auch dagegen wehrt sich Roschka Frank. Ein Ende der Pflichtmitgliedschaft, die gibt es zum Beispiel auch in der Wirtschaftskammer, würde die Arbeiterkammer de facto abschaffen, Herr Kletzi. Die Pflichtmitgliedschaft, sowohl bei der Arbeiterkammer als auch bei der Wirtschaftskammer oder der Landwirtschaftskammer, ist ein ganz wichtiger System im Anenterteil der Sozialpartnerschaft. Ohne die Pflichtmitgliedschaft funktioniert Kollektivvertragszugehörigkeit nicht, funktioniert Sozialpartnerschaft, wie wir sie kennen, schätzen, lieben nicht. Vorwürfe der FPÖ, dass Beitragsgelder verspekuliert worden seien, weist sie zurück. Es geht nur um buchhalterische Abwertungen um rund 5 Millionen Euro von bestehenden Anleihen wegen der Zinsanhebungen im letzten Jahr. Es seien aber keine Verluste durch Verkäufe realisiert worden. Ins Ausland jetzt. Die Ukraine versucht ganz offensichtlich den Krieg immer stärker ins Land des Aggressors zu tragen. Sie hat in der Nacht offenbar die

umfangreichsten Tronnangriffe seit Beginn des Krieges auf Ziele in Russland ausgeführt. Laut russischen Quellen wurden die meisten Tronen zwar abgefangen, der Flughafen der Nordwestrussischen Stadt Pskov wurde allerdings getroffen, Ernst Kernmeier berichtet. Der Gouverneur der Nordwestrussischen Region Pskov Michael Vedernikov veröffentlicht in der Nacht selbst ein Video, das vom ukrainischen Angriff zeigen soll. Ein Feuer auf dem Flughafen der Hauptstadt seiner Region nahe der Grenze zu Estland soll darauf zu sehen sein. Dazu ist eine heftige Explosion zu hören. Ein Tronnangriff auf den Flughafen sei abgewährt worden, sagt der Gouverneur. Verletzte habe es nicht gegeben, das Ausmaß der Schäden werde noch untersucht. Vier Militärtransportmaschinen sollen zerstört worden sein. Pskov ist rund 800 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt, auch fünf weitere Gebiete darunter die Region um Moskau sollen Angriffsziele gewesen sein. Die Ukraine beteuert immer wieder, dass russisches Territorium mit westlichen Waffen nicht angegriffen werde. Attacken mit Tronen sind mittlerweile allerdings wichtiger Bestandteil der ukrainischen Militärstrategie. Wir bleiben bei diesem Krieg wechseln aber in eine historische Waffenfabrik in Toledo in Spanien. Da beraten heute die Verteidigungsministerinnen und Minister der EU über weitere Unterstützung für die Ukraine. Sieben Hilfspakete im Gegenwert von jeweils rund 500 Millionen Euro wurden bereits abgeseignet. Jetzt wird über eine längerfristige Lösung nachgedacht. Das, eine Lösung nämlich, suchen die Ministerinnen und Minister auch angesichts des Militärputsches in Niga und des dadurch schwindenden Einflusses der EU in der Sahelzone. Aus Toledo berichtet Benedikt Feichtner. Die europäische Union müsse auch in Zukunft in der Sahelzone präsent sein, sind sich alle Mitgliedsländer einig. Doch während sich Frankreich weigert, seinen Botschafter aus Niga abzuziehen, wie von den Putschisten gefordert und auch ein Abzug französischer Truppen, der seit keinem Thema ist, wollen sich andere EU-Länder mit der Militärunterstützung in Niga arrangieren. Italien unterstützt etwa eine Vermittlungsinitiative Algeriens. Die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles hofft auf ein gemeinsames Vorgehen der EU. Wir werden die aktuelle Situation in der Sahelzone ganz genau analysieren und sorgfältig beurteilen. Die Situation in Teilen Afrikas ist besorgniserregend, um das wird Zeit, dass wir als Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister uns der Sache annehmen. Wir müssen es valorieren, und das tun wir in der Reunierung des Ministerpräsidenten. Wir raten wird auch über weitere Unterstützung für die Ukraine. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell fordert eine nachhaltige Finanzierung, 20 Milliarden Euro, aufgeteilt auf 4 Jahre. Geld, um moderne Kampfjets und Raketen für die Ukraine zu beschaffen. Eine Forderung, die derart wütende Reaktionen des Kremel hervorrief, dass sie Spaniens Verteidigungsministerin nicht unkommentiert lassen wollte. Wir unterstützen ihn bedingungslos. Wenn Russland den EU Außenbeauftragten bedroht und beleidigt, dann richtet sich das gegen alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Wir können das nicht akzeptieren. Österreichs Verteidigungsministerin Claudia Tanner von der ÖVP fordert, die Finanzierung der Ukraine in einen neuen

Topf auszulagern, um finanzielle Mittel für andere Krisenregionen frei zu spielen. Ich glaube, jetzt geht es darum, dass wir auch weiterhin unterstützen und auf der einen Seite finanziell unterstützen und auf der anderen Seite nicht übersehen, dass es so viele Krisenherde gibt, die sich auch direkt auswirken können auf die Europäische Union, auf Österreich. Wie gesagt, jedes Vakuum, das entsteht, führt dazu, dass es versetzt wird von einem anderen Akteur, den wir uns sicher nicht will. Potentielle Krisenherde könnten nicht nur in der Sahelzone, sondern auch am Westbalkan entstehen.

Sotana. Wobei Militär Putsch in Afrika gerade wieder Saison haben, in Gabun in Zentralafrika hat das Militär die Macht übernommen. Nach dem umstrittenen Präsidentenwahlen am Samstag, nach denen sich Präsident Alibongo erneut zum Sieger erklärt hat, haben Soldaten seine Regierung gestürzt. Die Wahlkommission in Gabun hat erst heute früh das Ergebnis der Präsidentenwahl vom Samstag vorgelegt. Mit 64 Prozent der Stimmen sei Präsident Alibongo im Amt bestätigt worden, verkündete sie. Kurz darauf tritt eine Gruppe von Offizieren im Fernsehen auf. Die Regierung sei abgesetzt, sagen sie, das Wahlergebnis annulliert. Sie würden den gesamten Sicherheitsapparat vertreten, behaupten die Offiziere. In der Hauptstadt Libreville berichten Bewohner allerdings von Gewehrfeuer unmittelbar nach dem Auftritt der Offiziere. Eine Stellungnahme der Regierung gibt es nicht. Gabun mit seinen 2,3 Millionen Einwohnern ist Mitglied der Erdöl exportierenden Länder der OPEC. Präsident Bongo regierte das Land seit 2009, da vor war sein Vater über 40 Jahre lang an der Macht. Zurück nach Österreich. Anfang Juli hat Klimaschutzministerin Leonore Gewessler den Entwurf zum aktuellen nationalen Energie- und Klimaplan Österreichs bis 2030 präsentiert. 49 Wissenschaftlerinnen und Forscher aus der Klima- und Transformationsforschung haben die vorgeschlagenen Maßnahmen begutachtet und nun ihre Stellungnahme vorgelegt. Die erfährt sich gute Ansätze, aber halt noch immer zu wenig. Eine der Hauptautorinnen, die Klimaökonomin Sigel Stagl, fordert im Morgenstern um sieben Uhr neudein Klimaschutzgesetz auf die Frage nach der Verantwortung für die Umsetzung des Klima-Plans sagt Stagl. Für die Koordination ist derzeit das Klimaschutzministerium verantwortlich, aber so wie für erfolgreiche Wirtschaft nicht nur das Wirtschaftsministerium verantwortlich ist, kann für Klimaschutz natürlich nicht nur das Klimaschutzministerium verantwortlich sein, sondern es braucht eine ressortübergreifende Kooperation, braucht eine Zusammenarbeit und ich glaube das ist eine der Dinge, die man herausliest, dass dem aktuellen Entwurf, dass das noch nicht so ideal gelungen ist, da lässt man noch Möglichkeiten liegen beispielsweise in der Nutzung der Digitalisierung. Schauen wir auf ein paar Aspekte, denen Sie in ihrer Stellungnahme breiten Raum einräumen. Erstens, neue Technologien würden eine Rolle spielen, steht da, aber für die meisten neuen Technologien dauere es zu lange, sie zu entwickeln. Wenn ich das als Antwort unter anderem auf den Bundeskanzler verstehe, der die Erderhitzung mit Technologieoffenheit einbremsen will, verstehe ich das dann richtig? Innovationen, technologische Innovationen sind natürlich einerseits

Teil von Klimaschutz, sind aber auch Teil einer lebendigen Wirtschaft und Gesellschaft, das heißt das wollen wir natürlich. Die Frage ist aber, wie können wir jetzt kurzfristig die nötigen Reduktionen schaffen? Und da geht es neben den grüneren Technologien, die man entwickeln sollte natürlich, geht es auch darum oder vielleicht vornehmlich darum, die bestehenden Technologien besser in die Gesellschaft um die Wirtschaft zu bringen, weil die kurzfristig effektiver ist. Sagt die Klimaeconomistin Sigurd Stagl im Morgen schon all um sieben. Der Kapitalismus macht die Welt kaputt, meinen ja so manche kann der Kapitalismus mithelfen, die Welt zu retten, fragt man sich derzeit beim europäischen Forum Alpach, da wird diese Woche auch viel über die Klimakrise gesprochen und wie sich Wirtschaft und insbesondere Finanzwirtschaft darauf einstellen. Die grüne Wende braucht viel Geld für neue Technologien, gleichzeitig werden die Schäden viel Geld kosten, wie gut sind die sogenannten Kapitalmärkte, gerüstet Natja Hahn war für uns in Alpach dabei. Die grüne Wende kommt ganz sicher. Der italienische Ökonom Alessio Terzi red europäischen Unternehmen sie deshalb nicht zu verschlafen. Erst Wirtschaftswissenschaftler bei der europäischen Kommission und Buchautor. Denn die Geschichte zeige wer zu spät kommt, der muss die neuen Technologien der anderen übernehmen. Zum Beispiel wenn ein selbst erklärtes Autoland wie Österreich zu lange an Benzin und Diesel Autos festhalte, dann werde es eines Tages aufwachen und es wird seiner, hätten sie am Ende des 19. Jahrhunderts gesagt, wir haben doch ganz tolle Pferde, Hufeisen und Sattel. Aber die große Frage ist, wer finanziert die Wende? Europas Kapitalmarkt sei zu klein und es werde zu viele über Banken finanziert, die weniger Risiko aufnehmen als Fonds. Was da passieren muss, wurde in Alpach mit Fonds-Managern und Notenbankern diskutiert. Moderiert hat die Direktorin des Instituts Eko Austria, Monika Köppel-Turiner und sie erklärt, was es braucht. Wir brauchen eben Banken, wir brauchen private Kapitalgeber, wir brauchen Pensionkassen, wir brauchen Risikokapital und aber und das ist die Rolle der Politik, Rahmen, sodass es Kapital dort hingehet, wo wir als Gesellschaft auch Das gehe er über öffentliche Förderungen und vor allem über den CO2-Preis. Weil über die Zeit ist es teurer zu emittieren und das generiert Nachfragen nach Alternativen zu emittieren und das generiert Geld, Einfluss in diese Branchen. Dass der Weg noch weit ist, zeigt ein Blick auf die anwesenden Investoren. Ein Vertreter von BlackRock ist da. Der US-Fonds investiert zwar viel in grüne Technologien, gilt aber noch immer als der größte Investor für fossile Industrien. Auch die Erste Bank, Sponsor des Forums Alpach, ist da noch investiert und muss sich deshalb eine Frage aus dem Publikum gefallen lassen. Ingo Blyer von der Erste Group rechtfertigt sich. Man sei ja dabei aus diesen Investitionen auszusteigen und ja man könne fragen, ob das schnell genug gehe. Und die Regierung hat sich im Regierungsprogramm auch vorgenommen den Kapitalmarkt mit neuen Maßnahmen für grüne Investitionen zu fördern. Ein Programm soll demnächst vorgestellt werden. Umweltministerin Leonore Gewessler von den Grünen sagt in Alpach, man arbeitet aber bereits intensiv mit zehn Partnern zusammen darunter österreichische

Banken und Versicherungen und da nehme man Risiken und Portfolios genau unter die Lupe. Wie kann man der Anlage Portfolios verändern, so dass die Bank, die Institution, alles Gesamtes zum Klimaschutzbeitrag. Aber was gilt überhaupt als grüne Investition? Wie kann man Greenwashing vermeiden? Da ist noch viel zu klären. Was sich sonst noch berichtenswertes begab, weitere aktuelle Meldungen von und mit Paul Kraker. Im Rathaus in Wien töt nach der Sommerpause wieder die Untersuchungskommission zur Causa Wien Energie zusammen. Untersucht wird, warum die Wien Energie vor einem Jahr Milliarden Garantien gebraucht hat. Als Zeuge geladen ist heute unter anderem der frühere Kabinettschef von Bundeskanzler Karl Nehammer. Die ukrainische Hauptstadt Kiev ist in der Nacht so stark von russischen Raketen beschossen worden wie seit Monaten nicht. Wie die Militärverwaltung mitteilt wurden mehr als 20 Raketen und Drohnen abgeschossen. Durch rabstürzende Trümmer in Kiev sind allerdings zwei Menschen getötet und zwei verletzt worden. Russische Truppen haben nach Angaben aus Moskau vier ukrainische Militärschiffe zerstört. Das Verteidigungsministerium in Moskau teilt mit ein Flugzeug habe vier Hochgeschwindigkeitsmilitärschiffe im Schwarzen Meer getroffen mit bis zu 50 Soldaten einer Spezialeinheit an Bord. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Russland lehnt nach dem Tod von Wagnergruppenchef Jevgeny Prigoshin offenbar eine Untersuchung seines Flugzeugabsturzes ab. Wie das brasilianische Zentrum zur Erforschung von Flugzeugunfällen mitteilt, leitet Russland keine Untersuchung nach internationalen Regeln ein. Die USA und andere westliche Staaten verdächtigen die russische Regierung, sie sei für den Absturz verantwortlich. Die Regierung bestreitet das. Der weltgrößte Autokonzern Toyota fährt nach dem Stillstand seiner Produktion in Japan die Fertigung wieder hoch. In zwölf der 14 Montagewerke wird wieder gearbeitet. Die restlichen sollen im Verlaufe des Tages folgen. Gestern hat ein Fehler bei der Teilebestellung zu einem kompletten Produktionsausfall bei Toyota in Japan geführt, was einem Drittel der weltweiten Toyota Produktion entspricht. Toyota baut in Japan fast 14.000 Autos pro Tag. In Venedig beginnen die 80. Filmfestspiele. Zur Eröffnung wird das Marine-Drama Kommandante des italienischen Schisseurs Eduardo de Angelis gezeigt. Der Hauptpreis der Goldene Löwe wird am 9. September verliehen. Zu dem Festival in Venedig kommen heuer weniger Stars wegen des Streiks der Schauspieler in Hollywood. Durch die starken Regenfälle ist der Bodensee in Veralberg binnen zwei Tagen um fast 70 cm gestiegen. Am Montag waren es 40 cm gestern mehr als 25 wie Messungen zeigen. Am Bodensee Ufer haben sich sehr viele Holzstämmen angesammelt, die durch Regenfälle vom Rhein in den See gespült warpen sind. Das Wetter. Heute kühl immer wieder bewölkt und stellenweise etwas Regen, aber auch im Westen und im Donnerraum ein paar Sonnenstunden. Im Osten Venedig. Die Höchstwerte heute 13 bis 21 Grad. Das war das Morgenschanal am Mittwoch, dem 30. August für das Schanaltie mit Helene Sehlmann und Dietmar Nürig verabschiedet sich Franz Renner. Genießen Sie den Tag und und dann dann auch mit dem Pastitschall jetzt gleich im Anschluss.